

Input „Grüne Wirtschaftsdemokratie“

Treffen der Grünen Linken am 12.05.2007 in Gelsenkirchen.

Von Robert Zion (KV Gelsenkirchen)

wir haben unser Papier mit dem Titel „Grüne Wirtschaftsdemokratie statt der ‚unsichtbaren Hand des Marktes‘“ ausdrücklich als Kritik an Vorstellungen formuliert, es könne so etwas wie eine „Grüne Marktwirtschaft“ als Wirtschaftsordnung überhaupt geben.

Denn gerade dies wird bei uns mittlerweile behauptet: In dem Fraktionspapier¹ von Fritz Kuhn, Christine Scheel und anderen (ich nenne es der Kürze halber „Kuhn-Papier“) und auch von Ralf Fücks² an anderer Stelle.

Und wir haben in Bezug auf derlei neue Grüne Bekenntnisse zur Marktwirtschaft zweierlei Fragen gestellt:

- Erstens: sollten jetzt etwa auch wir auf den großen Marketingtrick des Kapitalismus einfach so hereinfliegen, der sich lediglich nur in „Marktwirtschaft“ umbenannt hat?
- Und Zweitens: Wie kann eine Wirtschaftsordnung, die die sozialen und ökologischen Probleme, mit denen wir es zur Zeit verschärft zu tun haben, eben doch hervorbringt, diese Probleme eigentlich selbst lösen?

Und wir haben diese Fragen nicht gestellt, ohne nicht vorher fünf langfristige Leitbilder einer für uns notwendigen „Grünen ökologisch-sozialen Wirtschaftsdemokratie“ zu formulieren:

- DEMOKRATIE (partizipativ): Demokratie geht vor Wirtschaft und muss auf diese ausgeweitet werden.
- WIRTSCHAFTSORDNUNG (offen): Die internen Regeln der Wirtschaftsordnung selbst in ihren Mischformen müssen immer Ergebnis und nicht gesetzter Ausgangspunkt der Demokratie sein.
- ORDNUNG DER WIRTSCHAFT (ordnungspolitisch): Die äußeren demokratisch-rechtsstaatlichen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens müssen jederzeit demokratisch transparent und beeinflussbar sein.
- NACHHALTIGKEIT (durchhaltbar): Nichts darf der Natur entnommen werden, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden kann.
- GERECHTIGKEIT (solidarisch): Verteilungsgerechtigkeit bleibt nach wie vor Bedingung der Möglichkeit von Teilhabe-, Chancen-, Zugangs-, und Geschlechtergerechtigkeit.

Grüne Wirtschaftspolitik ist für uns also nicht einfach nur „Mehr als Markt“³, sie sollte zunächst demokratisch, nachhaltig und gerecht sein und den Markt eben auch immer dann in Frage stellen können, wenn er diese Kriterien eben nicht erfüllt.

Wir bestehen also darauf: Wenn unsere Grünen gesellschaftspolitischen Ziele an systemimmanente Grenzen stoßen, wenn der Kapitalismus es eben nicht richtet und er voraussichtlich auch nicht auf Anweisung aus Teilen der Fraktionsspitze plötzlich ergrünt, dann dürfen wir auch vor der Systemfrage nicht zurückschrecken.

Davon sind wir ausgegangen. Und gerade weil wir davon ausgegangen sind, sahen wir uns in unserer Auseinandersetzung mit dem Kuhn-Papier zunächst dazu gezwungen Ideologiekritik zu betreiben.

Denn im Kuhn-Papier wird nicht weniger behauptet, als dass alle unseren gesellschaftspolitischen Grünen Ziele mit kapitalistischen Mitteln erreicht werden könnten, dass einfach nur ein Grüner Ordnungsrahmen geschaffen werden müsse, dass durch „mehr Wachstum“, „mehr Wettbewerb“ und „mehr unternehmerische Verantwortung“ der „Weg zur Bewahrung der Schöpfung“ geebnet werden könnte.

„Mehr Wachstum“ - „Mehrwert“ - „Wohlstand“ - „Markt“ - „Grüne Marktwirtschaft“ - „Unsichtbare Hand des Marktes“ - „Wettbewerb“ - „Mehr Wettbewerb“ - „Wettbewerbsintensität“ - Die „UnternehmerIn“ und die „Verantwortung“.

Diese strategisch gesetzten Begriffe werden im Kuhn-Papier als die neue Grüne Lösung angeboten, zusammengefasst unter einer Theorie der „unsichtbaren Hand des Marktes“ von 1776⁴, die uns jetzt ergrünt den Weg in die Zukunft weist. Dazu sei es nur nötig, in guter alter FDP-Tradition, oder in der Tradition des Ordoliberalismus, alles in Märkte umzubauen – etwa das Gesundheitswesen – und einen starken Staat zu schaffen, der sich aus den Selbstregulierungen des Marktes raushält und ordnungspolitisch „flankiert“ und „Leitplanken“ bildet. In einem Satz zusammengefasst: Grüne Politik läuft – mit den BürgerInnen an der Hand – an den Leitplanken flankierend nebenher, während das Unternehmertum im „Grünen Kapitalismus“ auf den Marktstraßen der Welt die Verantwortung für die Umwelt und das Soziale übernimmt.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Botschaft des Kuhn-Papiers lautet: Alles beim alten. Politik – auch Grüne Politik – erschöpft sich im Wesentlichen in der Wettbewerbsdurchsetzung und Wettbewerbspflege. Politische unterschiede lassen sich dann nur noch daran festmachen, in welcher Farbe der Ordnungsrahmen anzumalen ist.

Wobei dieser Ordnungsrahmen in Wirklichkeit längst die Farbe eines überparteilichen Einheitsgraus angenommen hat: Was würde es denn für unsere Grüne Identität und Motivation eigentlich bedeuten, wenn wir jetzt wie die anderen auch, die „Märkte von Morgen beherrschen“ wollen, eine „gezielte Zuwanderung von Höherqualifizierten“ fordern, keine „zu hohe Grundsicherung“ wollen, „Schiene“, „Post“, „Kultur“, „Gesundheit“ in Märkte umbauen und Unternehmen entlasten wollen?

Ralf Fücks sagt, wir sollten mit dem Grünen Kapitalismus eine „offene Wette“ eingehen – no risk, no fun. Wir sagen: das wäre zunächst programmatischer, bald darauf auch politischer Selbstmord.

Die Welt hat sich nämlich verändert. Zur Zeit emanzipiert sich der Kapitalismus aus der Demokratie. Die klassischen nationalstaatlichen Ordnungsrahmen sind gesprengt. In der Massenerwerbslosigkeit und der massenhaften Ausgrenzung von Menschen aus den Marktprozessen, im Klimawandel und in der Naturzerstörung, in der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen extremer Armut und extremen Reichtum, sehen wir uns heute national wie global mit einem gigantischen Marktversagen konfrontiert – die unsichtbare Hand verteilt Prügel, dabei längst auch die Politik dirigierend.

Und statt sich der Illusion hinzugeben, mit alten Theorien jetzt einen globalen einheitsgrauen Ordnungsrahmen quasi um die ganze Welt bauen zu können, ist es allmählich an der knapp werdenden Zeit, die Systemfrage zu beantworten, denn diese muss nicht erst gestellt werden, sie stellt sich zur Zeit von selbst.

Darum sollten wir allmählich damit anfangen die Demokratie aus dem Kapitalismus zu emanzipieren, die Demokratie selbst in die Wirtschaftsordnung einzuführen. Weil Wirtschaft in der Gesellschaft stattfindet. Denn die Ansprüche an die Demokratie an Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, Teilhabe, Zugang, Mitbestimmung, Nachhaltigkeit und Freiheit löst ein immer rabiaterer und umfassender werdender Kapitalismus längst nicht mehr für alle ein. Im Gegenteil: Wie Oskar Negt⁵ – der im übrigen auch die Frage nach der Wirtschaftsdemokratie für die zentrale Zukunftsfrage hält – vor kurzem noch betonte: national wie global werden diese Ansprüche bestenfalls noch für das obere Drittel der Gesellschaften sicher erfüllt.

Was bedeutet für uns nun eine ökologisch-soziale, eine Grüne Wirtschaftsdemokratie? Ich führe nur einige Beispiele an.

- Grüne Wirtschaftsdemokratie heißt zunächst, dass wir damit aufhören Ideologien zu schreiben wie Fritz Kuhn und andere, und diese dann auch noch als politische Heiratsangebote an die FDP oder CDU formulieren.
- Zweitens, dass wir keinen einzigen Menschen verloren geben dürfen.

Dass heißt konkret, dass wir das soziokulturelle Existenzminimum von der Lohnarbeit abkoppeln. Statt Hartz, der Ausschnüffelei und der Ausübung von Zwang wollen wir die Einführung einer armutsfesten soziokulturellen Existenzsicherung für das Individuum, die ein sozialadäquates Leben tatsächlich ermöglicht und mindestens 950 Euro monatlich beträgt.

Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung, statt des Forderns, der Anerkennung von bisher nicht bezahlten Formen der Arbeit. Die augenblickliche Diskussion bei uns über die Grundsicherung und das Grundeinkommen, die auch wir in der Autorengruppe heiß geführt

haben, ist ja nur scheinbar eine Entweder-Oder-Diskussion. Es ist doch in Wirklichkeit eine Vorher-Nachher-Diskussion.

Wir reden hier über gesellschaftspolitische Zielvorstellungen des Sozialstaates und der Arbeits- und Entlohnungsformen der Zukunft und wir reden über den Weg dorthin, der uns zunächst aus der Sackgasse von new labour führen sollte.

- Grüne Wirtschaftdemokratie heißt drittens, qualitative wie quantitative Wachstumsprozesse an naturgrundlagengebundene Kreisläufe anzukoppeln.
- Dies bedeutet viertens auch, die Produktivitätszuwächse vom rein quantitativen Wachstum wegzulenken und zur Umverteilung von Arbeit und Chancen zu nutzen (z. B. für Arbeitszeitverkürzung, Bildung, Ausbildung, gesellschaftliche Teilhabe etc.).
- Fünftens stellt sich mittlerweile die Eigentumsfrage in verschärfter aber auch veränderter Form. Wenn sich der gesamtgesellschaftlich geschaffene Reichtum des anonymisierten shareholder-Kapitalismus heute im Vermögensbesitz akkumuliert, dann ist die Notwendigkeit etwa der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung nicht mehr nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch längst ein ökonomisches Erfordernis.

Das waren wirklich nur einige Punkte. Auf www.wirtschaftsdemokratie.org könnt ihr alle 40 Seiten unseres Papiers einsehen.

Im Ganzen sehen wir die vorhandene Wirtschaftsordnung also nicht als absolut und quasi vordemokratisch gegeben, sondern wir sehen diese als politisch gestalt- und veränderbar an.

Und wir werden kaum glaubhaft für eine Ausweitung demokratischer und emanzipatorischer Prinzipien auf die Wirtschaft plädieren können, wenn wir bestimmte entgegengesetzte Entwicklungen in der Partei nicht hinterfragen. Auch dies haben wir in aller Offenheit getan – vielleicht ja auch ein Grund dafür, dass die Aufnahme unseres Papiers in den vom Bundesvorstand geplanten Reader über Grüne Wirtschaftspolitik wohl zur Zeit in Frage steht.

Zu beklagen ist eine mangelnde Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, eine immer flacher werdende Durchdringungstiefe der Partei in die Gesellschaft hinein. Dort, wo es eigentlich unsere Grüne Aufgabe sein sollte, den Wandel in den Staat zu tragen, kommen wir zunehmend mit einem arrogant wirkenden staatstragenden Duktus daher.

Stattdessen wurden wir den Eindruck nicht los, dass unser basisdemokratische Grundkonsens im politischen Normalvollzug zunehmend nur noch als Störfaktor empfunden wird, dass zudem die Verflechtungen mit interessenbasierten Stiftungen und Initiativen, wie etwa der Bertelsmann-Stiftung oder der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, auch bei uns zunehmen und unsere Programmatik und Diskussionen zunehmend beeinflussen.

Auch hier haben wir Vorschläge gemacht, wie etwa die Einrichtung eines „Wissenschaftsrates Grüne Basis“, damit wir in der Breite der Partei wieder lernen unsere intellektuellen Fähigkeiten selbst zu organisieren.

Grüner Kapitalismus? Ein Hirngespinnst! Bereits heute treibt das Wachstums- und Profitdogma eines globalisiert und entfesselt auftretenden Kapitalismus die Menschheit dahin, dass sie ein Drittel mehr an Umwelt und Natur verbraucht, als diese selbst wieder erneuern kann.

Wir sollten uns deshalb als Grüne nicht selbst etwas in die Tasche lügen.

¹ MEHR-WERT. Grüne Marktwirtschaft (Fritz Kuhn, Biggi Bender, Matthias Berninger, Thea Dückert, Anja Hajduk, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Gerhard Schick, Margareta Wolf) Ende 2006.

² Ralf Fücks: Zur Vereinbarkeit von Kapitalismus, Demokratie und Ökologie, in: »Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur«, 3/2006.

³ Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt (Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig) Frühjahr 2007.

⁴ Adam Smith: The Wealth of the Nations, 1776.

⁵ Oskar Negt: Mensch oder Markt, in: taz Nr. 8256 vom 21.4.2007, Seite 11.